

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 30. August 2025

Der Kipppunkt ist erreicht

Klaus H. Radtke

beklagt einen desolaten Zustand Deutschlands und fordert energische Schritte unter anderem beim Bürokratieabbau und der Reform des Sozialstaates.

Unser Land steht an einem Wendepunkt. Ein Teil der Bürger hat den Ernst der Lage erkannt, es sind jedoch noch viel zu wenige. Aufgrund der offensichtlich vorherrschenden Lethargie vermute ich, Letztere verschließen die Augen vor der Gefahr oder glauben an eines der Kölschen Grundgesetze: „Et hätt noch immer jot jejange“. Doch das ist eine Illusion. Glaubte man noch an einen durch die neue Regierung initiierten revolutionären Kurswechsel, so sieht man inzwischen alle Hoffnungen schwinden.

Die Zahlen und Fakten sprechen eine deutliche Sprache und belegen den desolaten Zustand unseres Landes. Das Wirtschaftswachstum musste bereits im Jahr 2023 korrigiert werden. Aus einem prognostizierten Minus von 0,1 Prozent wurden 0,7 Prozent. Dasselbe 2024: Anstatt minus 0,2 Prozent wurden es 0,5 Prozent. Und auch in 2025 befinden wir uns im Minus-Wachstum. Im Juni sank die Produktion (verarbeitendes Gewerbe) überraschend stark um 1,9 Prozent und erreichte damit den tiefsten Stand seit der Corona-Pandemie im Mai 2020. Der Automobilsektor verzeichnet einen Rückgang um 3,6 Prozent. Beim Maschinenbau sind es 5,3 Prozent und in der Nahrungsmittelindustrie 6,3 Prozent.

Alles vorhersehbar in Anbetracht der massiven Häufung von hausgemachten Problemen: Zu



Der Gastautor ist ehemaliger Manager bei der BMW Group und Pressesprecher und Leiter Politik der Bundesvereinigung Mittelstand in Deutschland (BVMID).

hohe Energiekosten, Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern und Sozialabgaben. Lange Genehmigungsverfahren und sinnfreie Auflagen. Zu viel bürokratischer Aufwand. Er kostet die Unternehmen jährlich 146 Milliarden Euro, 22 Prozent der Arbeitszeit verbringen Mitarbeiter mit Verwaltungsaufwand. Die von der Industrie beim Kanzlergipfel vermeintlich zugesagten Investitionen in Höhe von 631 Milliarden Euro entpuppen sich als ein Marketinggag. Denn verbindliche Zusagen gab es nicht. Zudem hätten die knapp über 60 Unternehmen ohnehin bis 2028 eine solche Summe investiert.

Die Insolvenzen sind auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Im ersten Halbjahr 2025 sind es knapp 12 000, ein Anstieg von 9,4 Prozent – der höchste Wert seit 2015. Die Arbeitslosenzahl liegt aktuell bei

3,025 Millionen, mehr als 150 000 mehr als im Vorjahr. Auch hier der höchste Stand seit zehn Jahren. Weitere 125 000 Stellenstreichungen sind angekündigt. Eine toxische Mischung: Die nachlassende Wirtschaftsleistung trifft auf Probleme des inzwischen weit ausgeufern Sozialstaates. Er ist ein Sanierungsfall. So stehen nahezu alle sozialen Systeme vor der Insolvenz. Die Rente ist nur noch mit Milliardenzuschüssen finanzierbar. Ähnlich sieht es bei Pflege- und Krankenversicherung aus.

Es bräuchte dringend tiefgreifende und wirksame Veränderungen. Insbesondere bei allen genannten Themen – aber auch beim Bürgergeld. Sowie eine Deregulierung des Kapitalmarktes. Mehr Geld für die Finanzierung von Start-ups, von Innovationen, eine Lockerung des Kündigungsschutzes, eine Vereinfachung des Steuerrechts, Änderungen des Beamtenrechts und längere Arbeitszeiten, schlankere Planungs- und Genehmigungsverfahren, sowie Digitalisierung auf allen Ebenen. Doch wir dümpeln vor uns hin. Es fehlt der Mut zu gravierenden Korrekturen – doch warum? Wenn sie jetzt nicht kommen, dann wird es ein böses Erwachen geben. Dass in diesem Land sehr viel schief läuft, das wissen wir alle. Nicht erst seit dem mich fassungslos machenden Beispiel einer Lehrerin, die seit 16 Jahren krankgeschrieben ist und erst jetzt zu einem Amtsarzt muss – wegen sie nun klagt.